

Antrag 272/I/2025**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine faschismussichere Digitalpolitik**

1
2 Wir fordern die neue Bundesregierung auf, eine digitale
3 Brandmauer gegen den Faschismus zu errichten. Diese di-
4 gitale Brandmauer muss Missbrauchspotentiale minimie-
5 ren, Menschen und gesellschaftliche Gruppen ermäch-
6 tigen sowie Menschenrechte und demokratische Werte,
7 insbesondere Freiheit, Gleichheit und Solidarität, schüt-
8 zen und fördern. Die aktuellen Geschehnisse in den USA
9 zeigen auf, wie Datensammlungen und -analyse genutzt
10 werden können, um einen Staat handstreichartig zu über-
11 nehmen, seine Strukturen nachhaltig zu beschädigen, Wi-
12 derstand zu unterbinden und marginalisierte Gruppen zu
13 verfolgen.

14
15 Wir fordern daher:

- 16 • Die biometrische Massenüberwachung des öffentli-
17 chen Raums sowie die ungezielte biometrische Aus-
18 wertung des Internets wird verboten. Insbesondere
19 wird aktiv gegen jede Form von Datenbank vorge-
20 gangen, die ungezielt Bilder, Videos und Audiodatei-
21 en aus dem Internet nach biometrischen Merkma-
22 len auswertet. Die entsprechenden Befugnisse des
23 Bundesamts für Migration und Flüchtlinge werden
24 zurückgenommen.
- 25 • Anlasslose und massenhafte Vorratsdatenspeiche-
26 rung wird abgelehnt. Stattdessen werden grund-
27 rechtsschonende und effektivere Maßnahmen der
28 Strafverfolgung wie das Quick-Freeze-Verfahren
29 und die Login-Falle verfolgt.
- 30 • Eine automatisierte Datenanalyse der Informa-
31 tionsbestände der Strafverfolgungsbehörden so-
32 wie jede Form von Predictive Policing oder au-
33 tomatisiertes Profiling von Menschen wird ab-
34 gehaftet. Die Kooperationen deutscher und US-
35 Geheimdienste werden eingeschränkt, insbesonde-
36 re wird jede Art von automatisiertem Massenaus-
37 tausch von Inhalts- oder Metadaten unterbunden.
- 38 • Die Überwachungsgesamtrechnung wird veröffent-
39 licht, kontinuierlich fortgesetzt und der Umfang
40 staatlicher Überwachungsbefugnisse dementspre-
41 chend gesetzgeberisch angepasst.
- 42 • Es wird ein Recht auf Verschlüsselung eingeführt.
43 Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die Chat-
44 kontrolle auf europäischer Ebene zu verhindern und
45 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sowie die Vertrau-
46 lichkeit von Kommunikation insgesamt zu schützen.
- 47 • IT-Sicherheitsforschung wird unterstützt
48 statt kriminalisiert. Der Hackerparagraph

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt durch 229/I/2025 (Konsens)**

49 wird abgeschafft. Es wird ein wirksames IT-
50 Schwachstellenmanagement auch für Behörden
51 eingeführt. Das Bundesamt für Sicherheit in der
52 Informationstechnik wird unabhängig aufgestellt.
53 • Die Bundesregierung setzt sich für wirksamen
54 Kinder- und Jugendmedienschutz ein, ohne da-
55 bei durch eine verpflichtende Altersverifikation die
56 Grundrechte von Kindern und Jugendlichen zu un-
57 terminieren. Die anonyme und pseudonyme Nut-
58 zung des Internets wird geschützt und ermöglicht.
59 • Die Abschaffung der Bezahlkarte für Geflüchtete
60 und die Einstellung von Handyauswertungen durch
61 das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wir
62 fordern die Bundesregierung auf, sich auf europäi-
63 scher Ebene gegen die überbordende Sammlung
64 personenbezogener Daten geflüchteter Menschen
65 einzusetzen und ihre Privatsphäre und Autonomie
66 zu respektieren.
67 • Privater Machtmissbrauch von Big-Tech-
68 Unternehmen wird durch durchsetzungsstarke,
69 unabhängige und grundsätzlich föderale Auf-
70 sichtsstrukturen bekämpft, insbesondere in den
71 Bereichen der Plattformregulierung, des Daten-
72 schutzrechts und des Kartellrechts.
73 • Die Bundesregierung legt ein umfassendes Förder-
74 programm für digitale öffentliche Räume auf, die
75 dezentral organisiert, gesellschaftlich eingebettet,
76 interoperabel gestaltet und quelloffen progra-
77 mmiert sind.
78 • Ein digitales Gewaltschutzgesetz wird eingeführt,
79 das Betroffene konsequent in den Fokus stellt. Dazu
80 gehören auch die Reform der Impressumspflicht, die
81 Berücksichtigung gruppenbezogener digitaler Ge-
82 walt und die Förderung von Beratungs- und Hilfsan-
83 geboten.
84 • Gute digitale Bildung, die Menschen befähigt und
85 frei zugänglich ist, muss zur Priorität werden und al-
86 len gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von Al-
87 ter und Bildungsgrad, zur Verfügung stehen. Wir for-
88 dern eine umfassende Strategie zur Förderung von
89 Open Educational Resources und die Förderung des
90 digitalen Ehrenamts.

91

92

93 **Begründung**

94 Wir schließen uns den 12 Forderungen von 29 digitalpo-
95 litischen Initiativen und Organisationen an die nächste
96 Bundesregierung an. Die Forderungen wurden unter an-
97 derem vom Chaos Computer Club (CCC), dem D64 e.V., Pro
98 Asyl e.V., Amnesty International, digitalcourage e.V., Digi-
99 tale Gesellschaft e.V. und der Open Knowledge Foundati-
100 on Deutschland unterzeichnet.

101

102 Bekenntnis gegen Überwachung

103 Es ist ein Irrglaube, dass zunehmende Überwachung
104 einen Zugewinn an Sicherheit darstellt. Sicherheit er-
105 fordert auch, dass Menschen anonym und vertraulich
106 kommunizieren können und ihre Privatsphäre geschützt
107 wird. Zu oft werden aktionistische Vorschläge wie die
108 Chatkontrolle, Vorratsdatenspeicherung oder biometri-
109 sche Überwachung als technische Allheilmittel für kom-
110 plexe gesellschaftliche Herausforderungen präsentiert –
111 ohne ihre massiven Missbrauchspotenziale zu berücksich-
112 tigen. Stattdessen braucht es eine evidenzbasierte Politik,
113 die differenzierte Lösungsansätze ohne Massenüberwa-
114 chung verfolgt. Es ist die Aufgabe des Staates, Grundrech-
115 te zu schützen. Dazu gehört insbesondere auch, den Miss-
116 brauch von Maßnahmen, Befugnissen und Infrastruktur-
117 ren zu verhindern, heute und in Zukunft.

118

119 Schutz und Sicherheit für alle

120 IT-Angriffe wie die durch „Salt Typhoon“ zeigen die Gefah-
121 ren staatlicher Hintertüren und unterstreichen: Die Stär-
122 kung von IT-Sicherheit und Ende-zu-Ende-verschlüsselter
123 Kommunikation ist eine Frage gesamtgesellschaftlicher
124 Resilienz. Gleichzeitig steht unabhängige und zivilgesell-
125 schaftliche Sicherheitsforschung, die Sicherheitslücken
126 zum Wohle der Gesellschaft aufdeckt, immer noch un-
127 ter Generalverdacht und wird kriminalisiert. Sicherheits-
128 lücken in Software müssen von allen staatlichen Stellen
129 im Rahmen eines Schwachstellenmanagements konse-
130 quent an die Hersteller zur Behebung gemeldet werden.
131 Sicherheit und Schutz dürfen dabei keine Frage von Privi-
132 legien sein, sondern müssen für alle Menschen gelten, ins-
133 besondere für marginalisierte Menschen und Gruppen.

134

135 Demokratie im digitalen Raum

136 Private Überwachung und Machtkonzentration müssen
137 bekämpft werden. Die willkürliche und antidemokrati-
138 sche Machtausübung der Tech-Oligarchen um Präsident
139 Trump erfordert einen Paradigmenwechsel in der deut-
140 schen Digitalpolitik und ein erneuertes Bekenntnis zu de-
141 zentralen öffentlichen Räumen sowie der konsequenten
142 Rechtsdurchsetzung durch föderale Aufsichtsstrukturen.
143 Gesunde digitale Räume leben auch von einer resilienten
144 Gesellschaft mit starken digitalen Kompetenzen und ei-
145 nem demokratischen Diskurs, in dem digitale Gewalt kei-
146 nen Platz hat. Dazu fordern wir ein Gewaltschutzgesetz,
147 das seinen Namen verdient, einen Ausbau der digitalen
148 Bildung und die Förderung des digitalen Ehrenamts.